FSG
Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 16

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 171. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 2. Dezember 2021

AKTIVE STAATLICHE INDUSTRIEPOLITIK FÜR MENSCH UND KLIMA

Digitalisierung, Klimakrise, veränderte Rollen von China und den USA im geopolitischen Umfeld machen deutlich: Jetzt muss aktiv gestaltet werden. Wollen wir die Lebensgrundlagen und den Wohlstand in den kommenden Jahren erhalten, müssen wir auf den Strukturwandel reagieren. Es gilt, ihn aktiv und präventiv im Sinne der Menschen und dem Erhalt der Lebensgrundlagen zu gestalten! Dem industriellen Sektor kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Ist er es doch, der maßgeblich zum Wohlstand in Österreich beiträgt. Seinen Erfolg verdankt er dabei nicht zuletzt den Beschäftigten in der Industrie. Sie sind es, die den Wohlstand durch ihre tagtägliche Arbeitskraft, ihr Know-how und ihre Fähigkeiten schaffen. Deshalb müssen die Arbeitnehmer:innen und ihre Vertretungen in die Gestaltung des Wandels hin zu einer digitalen, klimaneutralen und nachhaltigen Industrie zentral eingebunden werden. In einer Zeit, in der sich der Strukturwandel durch die digitalen Möglichkeiten, die klimapolitischen Anforderungen, das sich verändernde internationale geopolitische Gefüge und die Erfahrungen aus der Covid-19-Krise weiter beschleunigt, ist eine aktive Einbindung der Arbeitnehmer:innen wichtiger denn je. Unterbrochene Lieferketten und strategische Abhängigkeiten in kritischen Produktbereichen, zB bei Rohstoffen, Medizinprodukten, Batterien und Halbleitern, sind reale und drängende Bedrohungen für die Versorgungssicherheit Europas geworden.

Auch auf EU-Ebene vollzog sich in den letzten Jahren ein industriepolitischer Wandel. Die Europäische Union hat Anfang 2020 neben anderen Rahmenpolitiken und Strategien (unter anderem zur Digitalen Dekade, zum Europäischen Green Deal und zur Kreislaufwirtschaft) auch eine industriepolitische Strategie vorgelegt und – angesichts der Erfahrungen aus der Covid-19-Krise – Anfang 2021 aktualisiert. Die bisherige horizontale industriepolitische Linie, die auf allgemeine Industriequoten, Wettbewerb, Technologieoffenheit, den Schutz geistigen Eigentums, die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation sowie Exzellenzinitiativen setzte, wird zwar grundsätzlich nicht verlassen, jedoch rücken von den Europäischen Digital- und Datenstrategien und dem Europäischen Green Deal eingeleitete aktive und vertikale industriepolitische Ansätze stärker in den Mittelpunkt. Trotz einer ganzen Reihe von Schwachpunkten, darunter eine weiterhin starke Ausrichtung an angebotsorientierten Standort- und Wettbewerbsindikatoren, lassen diese Strategiepapiere eines klar erkennen: Die EU räumt im Gegensatz zur Vergangenheit einer vertikalen Industriepolitik – auf Ebene der EU und der Nationalstaaten – erheblich stärkere Relevanz ein.

Zur Stärkung strategischer, europäischer Wertschöpfungsketten unterstützt die EU die Bildung von Industrieallianzen und hat ein spezielles Förderinstrument weiterentwickelt. Sogenannte Important Projects of Common European Interest (IPCEIs) adressieren strategische Vorhaben zur Etablierung neuer/innovativer Wertschöpfungsketten, an denen sich auch ausgewählte österreichische Unternehmen mit Einzelprojekten nach Notifizierung durch die EU beteiligen können und die durch die Nationalstaaten mit staatlichen Beihilfen unterstützt werden. Österreich beteiligt sich derzeit mit drei Unternehmen am IPCEI Mikroelektronik sowie mit insgesamt sechs Unternehmen am IPCEI Batterien und strebt zudem die Teilnahme am IPCEI Mikroelektronik II, am IPCEI Wasserstoff und am IPCEI Cloud an. Bei der Anwendung und Ausgestaltung des Instruments der IPCEIs ist es aus arbeitnehmer:innenpolitischer Perspektive notwendig, die strukturpolitische und soziale Komponente zu stärken. Industrieunternehmen, die im Strukturwandel mit großen staatlichen Subventionen und/oder strategischen Investitions- und Innovationsförderungen unterstützt werden, müssen

sich zu Auflagen zur Standort- und Beschäftigungssicherung, zur Ausbildung von Jugendlichen und zur Mitbestimmung der Beschäftigten im gesamten Prozess bekennen und verpflichten. Auch müssen die Gewinne daraus für alle nutzbar gemacht werden.

Gegeben der aktuellen internationalen Entwicklungen, dem Drängen der Klimakrise und der voranschreitenden Digitalisierung braucht es eine moderne, sozialökologische, auf Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) ausgerichtete Industriepolitik. Der Strukturwandel muss aktiv orchestriert und im Sinne der Menschen gestaltet werden, um Wohlstand auch in Zukunft zu garantieren.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer beschließt daher:

Gerade hochentwickelte, vernetzte Volkswirtschaften, wie sie in Europa vorzufinden sind, brauchen für ihre weitere Entwicklung eine aktive, strategische und missionsorientierte **Industriepolitik** mit dem Ziel, **fair verteilten materiellen Wohlstand, gute Arbeit, hohe Beschäftigung, Lebensqualität, eine intakte Umwelt und ökonomische Stabilität** zu verwirklichen („High Road“ bzw Qualitätsstrategie-Ansatz). Der Wirtschaftsstandort Österreich hat dazu mit einem gut ausgebauten Sozialstaat, seinen qualifizierten und produktiven ArbeitnehmerInnen und seiner guten Infrastruktur sehr gute Voraussetzungen, auf die aufgebaut werden muss. Um die Chancen der strukturellen Veränderungen zur Wohlstandssteigerung zu nützen und soziale und regionale Verwerfungen zu vermeiden, sind gut durchdachte strategische Konzepte und abgeleitete Maßnahmenpakete für einen **gerechten Strukturwandel („Just Transition“)** auch in Österreich notwendige Voraussetzungen. In die Erarbeitung der notwendigen Strategien und Konzepte sind die Arbeitnehmer:innenvertretungen ernsthaft und an zentraler Stelle einzubinden, um einerseits einen sozial gerechten Umbau hin zu einer digitalen und klimaneutralen Wirtschaft zu ermöglichen und andererseits um die Potenziale der Beschäftigten in der Neuaufstellung zukünftiger europäischer Wertschöpfungsketten zu nutzen und damit Wohlstand zu sichern.

Besondere industriepolitische Bedeutung haben aus Arbeitnehmer:innenperspektive:

- Die Ausrichtung auf gute Arbeit sowie nachhaltigen Wohlstand.
- Einen aktiven Staat (öffentlichen Sektor) in der mehrfachen Rolle als Eigentümer (auch iS eines Ausbaus strategischer Beteiligungen), Stratege, Regulator und Nachfrager mit einer ziel- und missionsorientierten Ausrichtung in der FTI-, Förder- und Beschaffungspolitik.
- Die Beachtung der sozialen Frage in all ihren Dimensionen, jedoch insbesondere in der verteilungspolitischen Dimension.
- Die Anerkennung des Sozialstaats und der Daseinsvorsorge als wesentliche Standortfaktoren und damit verbunden ein breiteres Verständnis von Standortpolitik und -entwicklung.
- Ausbau strategischer Wertschöpfungsketten, Verankerung von Arbeits- und Mitbestimmungsrechten – einem sozialpartnerschaftlichen Transformationsmanagement – sowie Standort- und Beschäftigungsgarantien in den mit öffentlichen Mitteln unterstützen Projekten, insbesondere IPCEIs. IPCEI-Projekte sind mit gesellschaftlichen Zielen zu verknüpfen und es ist ein verpflichtender Mechanismus zur Rückforderung, zur ausgewogenen Aufteilung und sozialökologisch-innovativen Re-Investition von fair verzinsten Gewinnen zu vereinbaren.
- Eine Stärkung von Resilienz, sowohl gesamtwirtschaftlich als auch industrieller Ökosysteme, insbesondere durch die Stärkung des Sozialstaats, kritischer Infrastruktur und verstärkten Fokus auf kreislaufwirtschaftliche Ansätze.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☒	Mehrheitlich ☐